



*SPD-Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover*

Rechenschaftsbericht

*Parteitag des SPD-Stadtverbandes Hannover
13. Januar 2024*

Eine Stadt für alle.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Ende der rot-grünen Koalition ist einer der gravierendsten Einschnitte in unsere Arbeit der vergangenen zwei Jahre. Zunehmende Meinungsverschiedenheiten, u.a. beim Thema Mobilitätswende, Wohnungsbau, Flächenpolitik und Wirtschaftsförderung, haben uns neben einem erheblichen Vertrauensverlust, etwa durch Verstöße der Grünen oder des Oberbürgermeisters gegen Verabredungen aus unserer Koalitionsvereinbarung, letztlich keine andere Wahl gelassen. Seither agieren wir mit wechselnden Mehrheiten. Zuvor vereinbarte Anträge mit den Grünen haben wir ebenso beschlossen, wie wir auch Anträge, die mit den Grünen nicht zu verständigen waren, nun mit CDU und FDP auf den Weg gebracht haben.

Wir sind uns sicher, dass wir für unsere Anträge fortan Mehrheiten finden werden, weil wir die richtigen Schwerpunkte und die besten Lösungsvorschläge für die Herausforderungen in unserer Stadt haben.

Festgehalten haben wir an dem Verfahren für die Ausschussbesetzungen nach d'Hondt, wodurch die AfD kein Stimmrecht in den Ratsgremien erhält. Der Beschluss darüber musste wegen eines Formfehlers jüngst wiederholt werden; in der Debatte dazu haben wir unseren Standpunkt bekräftigt, dass wir d'Hondt als Instrument nutzen würden, da der Gesetzgeber uns diese Möglichkeit ausdrücklich eingeräumt hat: Kein Fußbreit den Faschisten!

Vor einem Jahr war unsere Fraktion zwischenzeitlich die stärkste Kraft im Rat der Landeshauptstadt geworden, als wir Lea Sankowske als neues Mitglied in unseren Reihen begrüßen durften.

Wichtige Akzente unserer Politik haben wir vor einem Jahr in den Haushaltsberatungen setzen oder verstärken können. Zugleich haben wir damals bereits das anstehende Haushaltssicherungskonzept (HSK XI) dahingehend abgemildert, dass wir u.a. die Existenzgefährdung von Zuwendungsempfängern, die wegen ihrer Arbeit in den Bereichen Soziales, Jugendhilfe etc. unverzichtbar sind, nicht zulassen werden.

Auch dadurch haben wir erneut bewiesen, dass unsere Fraktion für den Zusammenhalt in unserer Stadt und für die gedeihliche Entwicklung Hannovers unverzichtbar ist – getreu unserem Motto: Eine Stadt für alle!

Eine interessante Lektüre der Berichte aus den Arbeitsgruppen unserer Fraktion, die alphabetisch geordnet sind, also nicht inhaltlichen Schwerpunkten folgen, wünscht Euch

Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Liegenschaften

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Florian Spiegelhauer (Sprecher), Michael Homann, Joana Kleindienst, Dr. Jens Menge.

Beratende Mitglieder: Peter Karst, Peggy Keller.

Die Stärkung des Standortes Hannover stand im Mittelpunkt unserer Arbeit, deren Schwerpunkte die Wirtschaftsförderung einerseits und der Messe-, Kongress-, Veranstaltungs- und Tourismusstandort andererseits bildeten. So haben wir uns zum Haushalt 2023/2024 für die Sicherung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft „hannoverimpuls“, die Stadt und Region gemeinsam betreiben, eingesetzt. Die Verbesserung des sogenannten MICE-Marketings (Meetings, Incentive, Congress, Events) haben sich in Anträgen zum Haushalt als auch zum HSK XI niedergeschlagen.

Wichtig für den Standort Hannover, vor allem aber für das Leben in den Stadtteilen, sind der lokale Einzelhandel, das örtliche Gewerbe und die Märkte. Zur Stärkung der Standortgemeinschaften haben wir mehrfach Mittel bereitgestellt, u.a. um den Einzelhandel auch im Internet konkurrenzfähig zu machen. Für das Handwerk werden wir in Kürze einen „Zukunftsplan Handwerk“ in Auftrag geben, eine Übereinkunft zwischen Landeshauptstadt und Handwerk, um diesem gute Rahmenbedingungen im Zuge der künftigen Stadtentwicklung zu verschaffen.

Den hohen Stellenwert, den Hannovers Volksfeste und sein Weihnachtsmarkt besitzen, haben wir dadurch unterstrichen, dass wir zusätzliche Angebote bereits während der Corona-Zeit schaffen ließen und die Gebührenanhebung für die Anbieter*innen auf dem Weihnachtsmarkt moderater gestaltet haben.

Dass der Standort Hannover relativ gut aus den jüngsten Krisen gekommen ist, verdankt er auch den umfassenden Hilfsprogrammen, die wir im Rat beschlossen haben. Sorgen bereitet uns nach wie vor die Krise des innerstädtischen Einzelhandels, die sich zuletzt durch die Insolvenz der Signa-Holding zugespitzt hat. Auch vor diesem Hintergrund haben wir die Einbeziehung der wirtschaftlichen Interessenverbände in die Entwicklung eines nachhaltigen Innenstadtkonzeptes, einschließlich der Mobilitätsfragen gefordert.

Um eine nachhaltige Flächenpolitik betreiben zu können, haben wir ein Gutachten über mögliche Instrumente der Bodenpolitik in Auftrag gegeben. Das soll verschiedene Möglichkeiten aufzeigen, Flächen in unserer Stadt schneller und besser bewirtschaften, erschließen und nachhaltig vergeben zu können, beispielsweise über Erbbaurechte.

Finanzen, Haushalt, Rechnungsprüfung, Feuerwehr und öffentliche Ordnung

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Dr. Jens Menge (Sprecher), Bruno Gill, Michael Homann (stv. Ausschussvorsitzender), Belgin Zaman.

Beratendes Mitglied: Sven Martin.

Die schwierige finanzielle Lage unserer Stadt steht derzeit im Mittelpunkt unserer Beratungen, die sich derzeit dem HSK XI mit einem Volumen von 121 Mio. Euro widmen, das bis 2026 erbracht werden muss. Auch das HSK X, das sich mit 90 Mio. Euro auf eine Aufgabenmodernisierung der Stadtverwaltung konzentriert, harrt noch der abschließenden Ausgestaltung.

Bereits verabschiedet haben wir die Einführung einer Beherbergungssteuer (sog. Bettensteuer) sowie die Anhebung der Grundsteuer zum 1. Januar 2024. Von der Beherbergungssteuer erwarten wir zusätzliche Einnahmen von 10 Mio. Euro, von der Anhebung der Grundsteuer 25 Mio. Euro. Haben wir bei der Beherbergungssteuer dafür gesorgt, dass ungefähr ein Drittel der Einnahmen dem Standortmarketing unserer Stadt zugutekommen sollen, so haben wir der Anhebung der Grundsteuer vor allem deshalb zugestimmt, weil eine Anhebung der Gewerbesteuer angesichts der anhaltenden Krise für die örtliche Wirtschaft einiges Risiko in sich getragen hätte, während die Grundsteuer erstmals seit 12 Jahren und auch nur moderat angehoben wird.

Zum HSK XI haben wir zudem zwei Zusatzanträge verabschiedet, die u.a. den Erhalt des Schulbiologiezentrums, nur moderate Kürzungen bei den Bezirksräten (die letztlich zwischen Bezirksbürgermeister*innen und Verwaltung ausgehandelt worden sind) sowie vor allem die Verträglichkeit von Kürzungen bei den Zuwendungsempfängern der Stadt verlangen.

Im Bereich Sicherheit und öffentliche Ordnung haben wir neuen Nutzungsformaten auf den bahnhofsnahen Plätzen, voran dem Raschplatz, zugestimmt. Diese Plätze sollen damit sicherer und sauberer werden. Gleichwohl haben wir uns dafür eingesetzt, dass Wohnungslose und Suchtkranke in unmittelbarer Nähe weiterhin Beratungs- und Hilfsangebote finden; hier besteht allerdings noch deutlicher Verbesserungsbedarf.

Die Sicherheits- und Rettungskräfte sind unserer Unterstützung gewiss. So freuen wir uns über die Einrichtung eines neuen Bereichs Katastrophenschutz bei der städtischen Feuerwehr. Zudem haben wir zum Beginn des vergangenen Jahres unsere Solidarität mit den Rettungs- und Sicherheitskräften bekundet, die in der Silvesternacht vielfach in ihrer lebensrettenden Arbeit behindert wurden.

Die deutliche Verbesserung des Bürger*innenservice der Landeshauptstadt haben wir sehr begrüßt. Wir erwarten, dass dazu auch mehr und bessere Dienstleistungen im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) beitragen werden. Bei der Ausländerbehörde sehen wir noch Verbesserungsbedarf, auch angesichts der anstehenden Änderungen beim Zuwanderungs- und beim Staatsangehörigkeitsrecht.

Im Kontext des Programms „Hannover sauber!“ wurde vor einem Vierteljahr endlich das neue „Hannocino“-Mehrweggeschirr präsentiert. Die Initiative dazu geht auf einen unserer Anträge zurück, der eine deutliche Reduzierung des Müllaufkommens an Einwegverpackungen und -geschirr verlangte.

Gleichstellung

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Maxi Carl (Sprecherin), Bruno Gill, Lea Sankowske, Anja Schollmeyer.

Beratende Mitglieder: Alexandra Herbst (bis Oktober 2023), Petra Köster (bis Oktober 2023), Nicole Meckoni (ab November 2023), Ute Neumann (ab Oktober 2023).

Unsere Schwerpunkte im Bereich Gleichstellung und Queer lagen in den letzten Jahren auf den Themen Sicherheit und Safe Spaces sowie der Unterstützung von Beratungsstellen und Zugang zu Wohnraum. Daher haben wir das Netzwerk „We Take Care“ gestärkt, welches aus Mitgliedern der Clubszene besteht und Awareness-Schulungen für deren Mitarbeiter*innen durchführt. Inzwischen ist das Netzwerk so bekannt, dass auch Schulungen für Externe angeboten werden.

Deutschland hat sich mit der Istanbul-Konvention dazu verpflichtet, ausreichend Frauenhausplätze zur Verfügung zu stellen und Frauenberatungsstellen zu stärken. In Hannover unterstützen wir ebenfalls die Frauenhäuser, ganz besonders das Frauenhaus 24, dessen Zuwendungsbeiträge wir zum letzten Haushalt erhöht haben. Auch die Beratungsstellen für Frauen, aber auch für Männer unterstützen wir im Rahmen von Zuwendungen. Ein Problem der Frauenhäuser ist, dass die Plätze oft länger von Frauen belegt werden, als es notwendig wäre, weil sich die Suche nach einer geeigneten Wohnung schwierig und langwierig gestaltet. Daher haben wir einen Antrag auf den Weg gebracht, durch den Frauen, die zurzeit in Frauenhäusern leben, den Zugang zu Belegrechtswohnungen erleichtert werden soll.

Auch die Themen der queeren Community sind Teil unserer Gleichstellungspolitik. Wir haben das Netzwerk „We Take Care“ dazu aufgefordert, auch auf die Belange queerer Menschen ein Augenmerk zu haben. Zum letzten Haushalt haben wir einen Antrag zur Einrichtung von Unisex-Toiletten in öffentlichen Gebäuden gestellt. Gemeinsam mit dem Sportausschuss haben wir die Änderung der städtischen Badeordnung auf den Weg gebracht und damit das „Oben-ohne-Baden“ erlaubt. Dies hebt den Zusammenhang zwischen Badekleidung und Geschlecht auf und ermöglicht insbesondere Personen der LSBTIQ*-Community eine freiere Wahl ihrer Badekleidung.

Internationales

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Hülya Iri (Sprecherin), Thomas Hermann (Ausschussvorsitzender), Robert Nicholls, Bala Ramani.

Beratende Mitglieder: Tchadarou Abdoul, Marcus Hoppe, Séverine Jean, Mila Marinova.

Unsere Internationale AG fördert drei Bereiche, die für Teilhabe und den Kampf gegen Diskriminierung wesentlich sind. Der erste Bereich umfasst die Beratungsarbeit, die durch verschiedene zivilgesellschaftliche Träger angeboten wird und zugezogene Menschen in prekären Lagen unterstützt. Dazu gehören beispielsweise Asylbewerber*innen, Menschen aus dem EU-Ausland und die Gruppe der Sinti und Roma. – Der zweite wichtige Bereich ist die Tätigkeit von Vereinen und Verbänden, um das Miteinander zu fördern und kulturelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft zu leben. – Der dritte Bereich betrifft die Bildungsarbeit, die wesentlich ist für eine wehrhafte Demokratie und für ein Miteinander ohne Diskriminierung. In diesem Rahmen unterstützen wir das Haus der Religionen, den Verein Politik zum Anfassen, der insbesondere junge Menschen mit Politik vertraut macht und sie zur Beteiligung ermuntert, und den Sammeltopf für Projekte gegen Antisemitismus. In den vergangenen Jahren wurde mit unserer Unterstützung die kommunale Antidiskriminierungsstelle gestärkt und ausgebaut, sodass sie nun den steigenden Bedarfen besser gerecht zu werden vermag.

Ein wichtiges Instrument zur Erreichung der Ziele Teilhabe und Antidiskriminierung stellt der Maßnahmenkatalog „WIR 2.0“ dar, den wir als Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplans (LIP) in Auftrag gegeben hatten. Gemeinsam mit der Stadtgesellschaft wurde der „WIR 2.0“ entwickelt, um alle Bedarfe mit einbeziehen zu können. Er gliedert sich auf in verschiedene Bereiche: Bildung, Soziales, Demokratie, Stadtleben und Kultur, Wirtschaft, Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung. Querschnittsthemen wurden außerdem von der AG Generation Postmigration bearbeitet. Auf die Durchführung der verschiedenen Maßnahmen können sich alle Akteur*innen der Stadtgesellschaft bewerben. Dafür haben wir im Haushalt entsprechende finanzielle Mittel hinterlegt.

Jugendhilfe

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Joana Kleindienst (Sprecherin), Claudia Bax, Peter Knüppel (Ausschussvorsitzender).

Stimmberechtigte Mitglieder im Jugendhilfeausschuss: Nina Böhme, Dirk von der Osten.

Beratende Mitglieder: Christopher Finck, Christoph Kröner, Birgit Merkel, Jürgen Ostertag.

Wir haben uns neben dem Einsatz für mehr Krippen- und Kindergartenplätze vor allem für die Kinder- und Jugendarbeit stark gemacht: Die von der Verwaltung vorgelegten Förderrichtlinien haben wir verändert, damit u.a. die politische Bildungsarbeit mehr Gewicht erhält.

Wir haben uns für von Armut betroffene und bedrohte Kinder stark gemacht und den von uns beantragten Hannoverfonds für Kinder und Jugendliche beschlossen und bei der Umsetzung begleitet. Aus diesem Fonds fließen inzwischen reichlich Mittel für besondere Initiativen in der Kinder- und Jugendarbeit.

Eben erst haben wir im Jugendhilfeausschuss unseren Antrag zur Einrichtung eines Jugendparlaments beschlossen. Hierfür soll die Verwaltung die entsprechende Initiativegruppe Jugendlicher unterstützen und beraten, damit Jugendliche künftig besser an der politischen Willensbildung in unserer Stadt teilhaben und sie damit besser gehört werden können.

Zum Haushalt 2023/2024 haben wir u.a. die Arbeit mit schulvermeidenden Kindern und Jugendlichen gestärkt. Einen weiteren Schwerpunkt bildete hier die finanzielle Unterstützung und damit die Sicherung von Beratungsangeboten für Familien und von sexueller Gewalt betroffene Mädchen und junge Frauen – ein Thema, das 2023 den Schwerpunkt der Arbeit des Kommunalen Präventionsrates und der lokalen Präventionsräte bildete: „Hannover ist stärker als Gewalt!“

Kultur

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Belgin Zaman (Sprecherin), Robert Nicholls, Bala S. Ramani, Florian Spiegelhauer.

Beratende Mitglieder: Dietmar Althof, Svenja Dunkel.

Kultur umfasst sehr viele Facetten, und wir haben versucht, diesem breiten Spektrum Rechnung zu tragen.

Die häufig so genannte „Hochkultur“ werden wir u.a. dadurch stärken, dass wir das so genannte „Kulturdreieck“ zwischen Oper, Schauspielhaus und Künstlerhaus im Rahmen des Konzeptes zur Innenstadtentwicklung sichtbarer machen und diesen Bereich freundlicher gestalten. Der Erhalt des Kommunalen Kinos im Künstlerhaus ist von uns gesichert worden.

Um den begonnenen Generationenwechsel an städtischen und städtisch geförderten Kultureinrichtungen zu unterstützen und dadurch diese Kulturstätten in ihrem Bestand zu bewahren, haben wir Mittel bereitgestellt und ein Konzept in Auftrag gegeben, um diesen Umbruch begleiten zu lassen.

Für die Kultur in den Stadtteilen, die auch der soziokulturellen Bildung dient, betrachten wir auch die örtlichen, inhaber*innengeführten Buchhandlungen als unverzichtbare Partner. Deshalb haben wir die Verwaltung aufgefordert, den Ankauf von Medien für die Stadtbibliotheken so zu gestalten, dass die Stadtteilbibliotheken weiterhin ihre Bestellungen über diese Buchhandlungen beziehen können.

Gelungen ist es uns, für die Nachtkultur eine Koordinierungsstelle einzurichten. Damit gibt es seit einigen Monaten eine Ansprechpartnerin, die von Stadtverwaltung und Klubnetz e.V. betrieben wird und die für die Vernetzung von kulturellen Einrichtungen mit nächtlichem Betrieb zuständig ist. Davon erhoffen wir uns, einerseits auf die Belange von „Nachtschwärmer*innen“ besser eingehen und andererseits Konfliktpotenziale im Kontext der Nachtkultur beseitigen zu können.

Vor zwei Jahren ist das ZeitZentrum Zivilcourage als neuer außerschulischer Lernort eröffnet worden – auf unsere Initiative, mit der wir neue Impulse für die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur und dem Leben bzw. dem Alltag in einer Diktatur setzen wollten. Nun geht es uns darum, auch Hannovers Bezüge zur Kolonialgeschichte aufzuarbeiten und in der Erinnerungskultur unserer Stadt zu verankern. Dafür haben wir einen Beirat einrichten lassen, der ein dekolonisierendes Erinnerungskonzept für Hannover erarbeiten soll.

Einen wichtigen Bestandteil unserer Stadtgesellschaft bildet das jüdische Leben. Dazu haben wir eine Anhörung durchführen lassen, auf deren Grundlage wir die Sicherung und Stärkung jüdischen Lebens in Hannover vorantreiben werden. Jüngste Zeichen hierfür waren Resolutionen, die sich gegen antisemitische Anfeindungen gegen Kulturschaffende in unserer Stadt wandten und die sich zur Solidarität mit Israel und den jüdischen Menschen in unserer Stadt bekannten.

Zum Haushalt 2023/2024 haben wir zahlreiche Zuwendungsempfänger*innen im Bereich Kultur bedacht. Darunter auch das autor:innenzentrum, eine einmalige Einrichtung in Niedersachsen, die dank unserer Anschubfinanzierung nun auch regionsweit tätig werden kann.

Als „UNESCO City of Music“ bedarf die Musikpflege in unserer Stadt einer besonderen Aufmerksamkeit. Deshalb haben wir die Deutsche Stiftung Rockmusik mit Fördermitteln ausgestattet. Derzeit setzen wir uns für den Erhalt des MusikZentrums und für dessen Verbleib am bisherigen Standort ein.

Organisation, Personal, Digitalisierung

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Bruno Gill (Sprecher), Claudia Bax, Dr. Maxi Carl (stv. Ausschussvorsitzende), Philipp Schmalstieg.

Die Ausbildung, Gewinnung, Bindung und Entwicklung von Fachkräften – und damit ein zentrales Problem von Wirtschaft und Verwaltungen in unserem Land – steht im Mittelpunkt der Ausschussarbeit. Dazu führen wir sowohl mit der Verwaltung als auch – und im Besonderen – mit den Personalvertretungen der Landeshauptstadt, voran dem Gesamtpersonalrat (GPR), intensive Gespräche. Um die Einstellungsverfahren zu beschleunigen, die Fachkräftegewinnung zu verbessern und den Quereinstieg in die Verwaltung zu vereinfachen, haben wir einerseits einer Verschlinkung der Beschlussverfahren bei Personaldrucksachen und andererseits dem „Masterplan Personal“ der Verwaltung zugestimmt. Zugleich muss die Stadt ihr Ausbildungs-, Studien- und Fortbildungsangebot verbessern, um Fachkräfte heran- und weiterzubilden.

Bei den Beratungen zu den Stellenplänen 2023/2024 haben wir in Abstimmung mit dem GPR zu weit reichende Kürzungen zu verhindern versucht. Auch bei den HSK X und XI werden wir darauf achten, dass vor allem eine bessere Arbeitsorganisation im Mittelpunkt steht und ein Abbau von Stellen möglichst vermieden wird. Dabei unterstützen wir verschiedene Vorschläge, die eine Bündelung von Aufgaben oder eine Reorganisation verschiedener Arbeitsbereiche vorsehen; durch die hierdurch zu erzielenden Einsparungen erhoffen wir uns mehr Spielräume, um anderweitig Kürzungen – etwa bei den Zuwendungen – zu verringern.

Eine Dauerbaustelle ist die Digitalisierung (bei) der Stadt – sowohl intern mit Blick auf verschlankte Arbeitsprozesse und das Dokumentenmanagement als auch extern hinsichtlich eines verbesserten Bürger*innenservice. Wenngleich in beiden Bereichen in den letzten Monaten Fortschritte erzielt worden sind, können diese jedoch noch nicht in Gänze befriedigen. Wir haben hierzu, etwa auch zur Digitalisierung der Bezirksratsarbeit, Aufträge an die Verwaltung erteilt, die nun im Zuge des HSK umgesetzt werden sollen.

Schule und Bildung

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Claudia Bax (Sprecherin), Peter Knüppel, Dr. Jens Menge, Belgin Zaman (Ausschussvorsitzende).

Beratende Mitglieder: Katrin Bajraktari, Marius Eckert, Ulrike Strauch (bis Juni 2022).

Unsere Arbeitsgruppe hat sich mit Beginn der neuen Wahlperiode auf den Weg gemacht, das hannoversche Schulsystem vor allem integrativ weiterzuentwickeln. Um das langfristige Ziel der Zweisäuligkeit von Schulen – Integrierte Gesamtschulen (IGS) und Gymnasien – zu erreichen, sind allerdings viele kleinere Schritte notwendig, die einen langen Atem brauchen.

Bei Um- und Neubauten von Oberschulen haben wir uns dafür eingesetzt, dass diese über alle Räume verfügen, die sie benötigen, wenn sie sich zu einer IGS weiterentwickeln wollen. Allgemein sollen bei umfangreichen Um- und Neubauten frühzeitig Beteiligungsverfahren angeboten werden, um die Gebäude passgenau zu erstellen.

Wir haben uns für die Gründung des Arbeitskreises Schulentwicklung eingesetzt, in dem die Mitglieder des Schul- und Bildungsausschusses sowie der Verwaltung schulpolitische Themen intensiv vertraulich beraten und die Meinungsbildung vorantreiben können.

Höhepunkt der letzten gut zwei Jahre war unser Bildungskongress „#Zukunftsplan Bildung“, der am 18. November 2023 mit seinen intensiven Diskussionen wichtige Hinweise zur Weiterentwicklung der Schullandschaft gegeben hat. Die Ergebnisse des Kongresses werden Schwerpunkte unserer bildungspolitischen Arbeit in den nächsten Monaten bilden und gemeinsam mit unserer künftigen Schul- und Kulturdezernentin Eva Bender vorangetrieben werden.

Ein Jahr zuvor hatten wir bereits in einem großangelegten Workshop mit Integrierten Gesamtschulen und Oberschulen über die „Schulpolitik der Zukunft“ Vorschläge für die Schulentwicklung in Hannover erarbeitet.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir uns für einen Ausbau der Sonderschule sowie den Erhalt des Schulbiologiezentrums stark gemacht. Die Finanzmittel aus dem erfolgreich erprobten Programm „Schulen mit besonderen Herausforderungen“ wurden aufgestockt und mehr Schulen zugänglich gemacht.

Anhaltend beschäftigen uns die verschiedenen Baumaßnahmen an Schulen in unserer Stadt – seien es Sanierungen, oder seien es Neubauten, die wir gemeinsam mit unserer Bau-AG beraten. So konnten zuletzt die Umbauten an der Sophienschule und am Kaiser-Wilhelm-Rats-Gymnasium abgeschlossen und für die Sanierungen der ISG Linden und die IGS Roderbruch Zeitpläne und Machbarkeitsstudien erarbeitet werden, während die Neubauten der IGSen Büssingweg und Bothfeld begonnen haben. Abgeschlossen wurde die „Phase Null“ für eine zwölfte IGS in Kleefeld, ein Beteiligungsverfahren zur Ideensammlung für diese neue Schule, an dem neben dem Schul- und Bildungsausschuss verschiedene Akteur*innen auch aus dem Stadtbezirk beteiligt waren. In Bälde sollen die Neubauarbeiten am 18. Gymnasium in Bemerode wie auch am Schulkomplex in der Wilhelm-Göhrs-Straße im selben Stadtteil beginnen. Gleiches gilt für den Neubau der Sporthallen an der Schillerschule, die vor anderthalb Jahren einer Brandstiftung zum Opfer gefallen sind.

Soziales

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Robert Nicholls (Sprecher), Kerstin Klebe-Politze, Lea Sankowske, Anja Schollmeyer.

Beratende Mitglieder: Birgit Merkel, Andreas Sonnenberg.

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Daher ist es uns besonders wichtig, auch in Zeiten knapper kommunaler Kassen den Zugang zu Informationen und Unterstützungssystemen zu gewährleisten. Für unsere Politik stehen immer die Menschen im Mittelpunkt, denen wir es ermöglichen wollen, am gesellschaftlichen Leben teilhaben und möglichst präventiv auf persönliche Lebenskrisen reagieren zu können.

Einen großen Beitrag zur Prävention von sozialer Isolation leistet die Nachbarschaftsarbeit. Diese haben wir zum Haushalt 2023/2024 erneut gestärkt. Vor allem Projekte in benachteiligten Sozialräumen fördern wir. Dazu gehört die Stadtteilarbeit in Mittelfeld, Stöcken, Hainholz, im Sahlkamp und am Mühlenberg. In der „Hauptstadt der Singles“ – Hannover hat den größten Anteil an Single-Haushalten unter den deutschen Städten – ist es besonders wichtig, Begegnungsräume zu schaffen, um Teilhabe am sozialen Leben für alle zu ermöglichen. Daher fördern wir das Projekt Quartierszentrenbildung des Fachbereiches Senioren. Alten- und Pflegeheime werden zu Zentren in den Quartieren erweitert, die Anlaufstelle für alle sein können und in denen soziale Teilhabe auch barrierefrei ermöglicht wird.

Eine weitere schwere persönliche Krise stellen Obdachlosigkeit oder Suchtmittelabhängigkeit dar. Beide Problemlagen sind oft miteinander verwoben und lassen sich selten klar trennen. Die Neubelebung der bahnhofsnahen Plätze begrüßen wir, begleiten aber gleichzeitig die sozialen Projekte zur Unterstützung der Obdachlosen- und Drogenszene vor Ort. Während der Covid-19-Pandemie ist die Anzahl der Crack-abhängigen Menschen stark gestiegen. Daher haben wir die Einrichtung eines Crack-Konsumraums unterstützt, in dem der Konsum kontrolliert und mit minimiertem medizinischen Risiko stattfinden kann. Wir setzen uns weiterhin für die Fertigstellung des Duschbusses der Malteser sowie den Bau des Mecki-Ladens 2.0 ein. Der zukünftige Mecki-Laden in der Augustenstraße wird als Tagestreff geplant, der außerdem genügend Raum für medizinische Versorgung bietet. In den Obergeschossen wird eine Notschlafstelle eingerichtet.

Wir erleichtern wohnungslosen Menschen den Zugang zu Sozialleistungen, indem sie die Kosten für die Erstellung von Ausweispapieren nicht mehr selbst tragen müssen. Bis 2030 soll die Obdachlosigkeit in Deutschland

abgeschafft werden. Deshalb unterstützen wir weiterhin den Housing-First-Ansatz, wie er durch die Stiftung Ein Zuhause umgesetzt wurde. An dieser Stelle ist die Sozialpolitik stark mit der Wohnungsbaupolitik verbunden. Hier muss günstiger Wohnraum durch den Erhalt von Belegrechten und den Bau neuer Sozialwohnungen ermöglicht, erhalten und geschaffen werden. Um Wohnungslosigkeit vorzubeugen, wurde eine Stelle zur Prävention von Wohnungslosigkeit in der Stadtverwaltung geschaffen.

Sport

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Andreas Pieper (Sprecher), Michael Homann, Kerstin Klebe-Politze (Ausschussvorsitzende), Florian Spiegelhauer.

Beratende Mitglieder: Claus-Dieter Schacht, Roland Krumlin (bis 2023), Sebastian Pook (ab 2024).

Hannovers Sportvereine sind bei uns in guten Händen, da der Vereinssport als Grundlage für den Breitensport und als wesentlicher Bestandteil unserer Stadtgesellschaft eine besondere Bedeutung besitzt. Deshalb haben wir Mittel für eine Koordinierungsstelle beim Stadtsportbund bereitgestellt, um die Kooperation und – wo erwünscht – die Fusion von Sportvereinen unterstützen und das ehrenamtliche Engagement fördern zu können. Zugleich haben wir zum Haushalt 2023/2024 erkleckliche Gelder für die Sportplatzpflege der Vereine und für die energetische Sanierung von Vereinssportstätten zur Verfügung gestellt.

Als besondere Form des hannöverschen Vereinssportlebens haben wir das Schützenwesen unterstützt. So haben wir den Auftrag erteilt, das Schützenfest zeitgemäß weiterzuentwickeln. Sichtbarer werden soll das Schützenwesen durch eine kleine Ausstellung, die auf unsere Initiative in Kürze im Neuen Rathaus eingerichtet werden soll.

Stadtentwicklung und Bau

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Lars Kelich (Sprecher), Hülya Iri, Philipp Schmalstieg, Andreas Pieper.

Beratende Mitglieder: Dipl.-Ing. Christian Kleine, Prof. Dr. Volker Stölting.

Die Schaffung von zusätzlichem und insbesondere bezahlbarem Wohnraum steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wichtige Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen, sind die Eigenkapitalerhöhung für die städtische Wohnungsbaugesellschaft hanova Wohnen um 11 Millionen Euro im Haushalt 2023/2024, die Fortschreibung unserer städtischen Wohnraumförderung, die für den sozialen Wohnungsbau entscheidend ist, und zuletzt die Fortschreibung des städtischen Wohnkonzepts, das einen Bedarf von 16.800 neuen Wohnungen bis 2035 festgestellt hat und das verschiedene Instrumente zur Schaffung dieser Wohnungen benennt.

Auch die Schaffung von Baurechten durch die Beratung und den Beschluss von Bebauungsplänen macht einen bedeutenden Teil unserer Arbeit aus. Neben zahlreichen kleineren Baugebieten konnten wir in den vergangenen Jahren mit den Beschlüssen der Bebauungspläne für weitere Bauabschnitte von Kronsberg-Süd und der Wasserstadt Limmer, das Steinbruchsfeld-Ost in Misburg, die ehemalige Freiherr-von-Fritsch-Kaserne in Bothfeld und die Fuhsestraße-Ost in Leinhausen die Grundlagen für den Bau vieler neuer Wohnungen schaffen.

Im Bereich der Verkehrspolitik haben wir das Konzept „Hannomobil – Mobilität für alle“ erarbeitet und beschlossen; es bildet für uns die Grundlage für die Fortschreibung des städtischen Mobilitätskonzepts, die in Vorbereitung ist. Neben der Fortführung des erfolgreichen Sanierungsprogramms „Grunderneuerung im Bestand“ sind die Sanierungen u.a. der Geibelstraße, der Kattenbrookstrift oder der Straße Am Fuhrenkampe in den vergangenen Jahren umgesetzt oder beschlossen worden.

Im Bereich des Radverkehrs waren die Beschlüsse zur Umsetzung neuer Velorouten (2, 3, 6, 8 und 9) unser zentrales Projekt. Mit der Veloroute von Anderten zur Innenstadt ist eines dieser Projekte mittlerweile weitestgehend abgeschlossen.

Dem Fußverkehr werden wir zukünftig als Basismobilität besondere Bedeutung zumessen. Ein erster Schritt hierfür war die Schaffung der Stelle eines Fußverkehrsbeauftragten, die wir im Haushalt verankert haben.

Umweltschutz, Klimaschutz und Grünflächen

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Dr. Bala Ramani (Sprecher), Anja Schollmeyer, Andreas Pieper, Dr. Maxi Carl.

Beratende Mitglieder: Andreas Hildebrand, Lars Nieder,

Klimaschutz sozial gerecht gestalten – das stand in den vergangenen beiden Jahren im Mittelpunkt unserer Arbeit. So mit einem umfangreichen Antrag, mit dessen Hilfe das Ziel der Klimaneutralität schneller erreicht werden soll; dieser Antrag enthielt auch zahlreiche Maßnahmen aus dem Grundsatzpapier des Stadtverbands „Mission Hannover 2035“. Des Weiteren haben wir das städtische Sofortprogramm für den Klimaschutz ebenso beschlossen wie die Fernwärmesatzung, mit deren Hilfe in den kommenden Jahren die Wärmewende in Hannover massiv vorangetrieben werden wird.

Mit unseren Haushaltsanträgen konnten wir konkrete Maßnahmen zum sozial verträglichen Klimaschutz befördern, wie die Ausweitung des Energiesparprogramms für einkommensschwache Haushalte „Stromsparcheck“, die Ausweitung der Förderung des Austauschs energieintensiver Haushalts Großgeräte oder die Förderung von Investitionskosten des Fernwärmeanschlusses. Außerdem haben wir die Finanzierung verschiedener Maßnahmen aus dem Klimaschutzs Sofortprogramm, wie die Solarkampagne für Mehrfamilienhäuser, das Serviceangebot Heizungsoptimierung und den Eignungsscheck Wärmepumpe im Bestand sichergestellt. Dabei haben wir unseren Schwerpunkt auf Maßnahmen gelegt, von denen insbesondere Mieter*innen profitieren. Zudem haben wir einen Antrag zum verstärkten Ausbau der Photovoltaik beschlossen.

Auch die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels war ein wichtiges Thema der vergangenen Jahre. Hier haben wir u.a. mit der Ausweitung des Sonderprogramms für Flächenentsiegelungen und der weiteren Begleitung des von uns initiierten City Roofwalks befasst, der seinen Startpunkt auf dem Parkhaus Schmiedestraße erhalten soll.

Beim Thema Grünflächen haben wir uns intensiv mit der Umsetzung und Fortschreibung des Kleingartenkonzepts beschäftigt und über einen Antrag die Wiederherstellung des alten Verhältnisses von einem Kleingarten auf 25 Einwohner*innen als städtische Zielsetzung verankert. Der Mittelabfluss aus dem gültigen Kleingartenkonzept soll zudem beschleunigt werden.

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktionsvorsitzender: Lars Kelich

Friedrichswall 15 | 30159 Hannover

Tel. 0511-168-45310 | Fax 0511-168-43624

spd@hannover-stadt.de | www.spdratsfraktionhannover.de

Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>,

Instagram: <https://www.instagram.com/spdrathannover/>



Redaktionsschluss: 8. Dezember 2023